



► an den Grossen Rat

ED/P058331

Basel, 28. September 2005

Regierungsratsbeschluss
vom 27. September 2005

Interpellation Nr. 60 Roland Engeler betreffend Ausbildungsoffensive

Zur Behandlung gelangt nachstehende, vor der Grossratssitzung vom 7. September 2005 eingereichte Interpellation Roland Engeler:

"Im April 2005 wurde befürchtet, dass im August 400 Basler Schulabgänger/innen ohne Lehrstelle dastehen. Kanton und Gewerbeverband haben in der Folge eine Task-Force gebildet mit dem Ziel für jeden Basler Jugendlichen, für jede Basler Jugendliche einen Ausbildungsplatz zu schaffen.

Der Interpellant interessiert sich, ob dieses Ziel erreicht werden konnte und bittet deshalb die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Schüler/Schülerinnen haben per Ende Schuljahr 2004/2005 die Basler Schulen verlassen?¹
2. Wie viele Schulabgänger/innen haben welche Art Anschlusslösung (Studium, Lehre, Praktikum, Arbeitsstelle, Welschlandjahr etc.) gefunden?
3. Wie viele Schulabgänger/innen fanden keine Anschlusslösung und sind deshalb arbeitslos?
4. Welchen sozio-kulturellen Hintergrund haben die Schulabgänger/innen, die keine Anschlusslösung gefunden haben?
5. Welches sind nach Einschätzung der Regierung die Gründe dafür, dass zahlreiche Jugendliche den Einstieg in eine weitere Ausbildung nicht schaffen, resp. keine Lehrstelle erhalten?
6. Welche schulischen Massnahmen erachtet der Regierungsrat als sinnvoll, um die Chancen der jugendlichen Schulabgänger/innen auf dem Lehrstellenmarkt zu erhöhen? Welche dieser Massnahmen hat der Regierungsrat schon umgesetzt, welche gedenkt er noch umzusetzen?
7. Wie beurteilt die Regierung den aktuellen Lehrstellenmarkt?
8. In welchen Anforderungsbereichen und Branchen decken sich Angebot und Nachfrage bei den Lehrstellen nicht?

9. Wie hat sich die Anzahl Lehrstellen in BS gegenüber den Vorjahren entwickelt? Wie viele dieser Lehrstellen konnten 2005 besetzt werden?
10. Welchen Erfolg verzeichnet die beim Gewerbeverband angesiedelte Lehrstellenacquisition?
11. Welchen Beitrag leistet der Kanton BS als Arbeitgeber zur Erhöhung der Lehrstellen?
12. Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit den betroffenen Stellen zu ergreifen, damit sich die Situation auf dem Lehrstellenmarkt im Frühjahr 2006 nicht wieder ähnlich zuspitzt wie im laufenden Jahr.
13. Ich bitte bei den Antworten - wo es möglich ist und Sinn macht - um geschlechtergetrennte Angaben."

Wir gestatten uns, diese Interpellation wie folgt zu beantworten.

Zu Frage 1

An den allgemeinbildenden, öffentlichen Schulen des Kantons Basel-Stadt mit Einschluss der Schule für Brückenangebote sind am Ende des Schuljahres 2004/05 die nachstehend aufgeführten Abschlüsse erreicht worden:

	Total	davon Schülerinnen	davon Schüler
Weiterbildungsschule WBS	916	438	478
Schule für Brückenangebote	944	504	440
Gymnasiale Maturität	504	279	225
Handelsmittelschule HMS	78	28	50
Verkehrsschule VS	9	5	4
Diplommittelschule / Fachmaturitätsschule FMS	162	134	28

Zu Frage 2

Die 916 Absolventinnen und Absolventen der **WBS** haben folgende Anschlusslösungen gefunden:

	Total	davon Schülerinnen	davon Schüler
Weiterführende Schulen (HMS, VS, FMS, Übergangsklasse Gymnasium)	174	89	85
Brückenangebote	569	283	286
Berufslehren und Praktika	118	37	81
andere Lösungen (z.B. Zwischenjahr, Privatschule, Wegzug)	43	25	18
keine Lösung / offene Situation	12	4	8

Die Schulabgangsstatistik für die 944 Absolventinnen und Absolventen der **SBA** präsentiert sich wie folgt:

	Total	davon Schülerinnen	davon Schüler
Weiterführende Schulen (HMS, VS, FMS)	70	30	40
Brückenangebote:			
• 10. Schuljahr	9	8	1
• Vorlehren	109	57	52
• 2. Jahr der 2-jährigen Integrationsklassen	52	33	19
Berufslehren und Praktika	513	276	237
Andere Anschlusslösungen (Zwischenjahr, Privatschule, Arbeitsstelle, Wegzug)	105	60	45
keine Lösung / offene Situation	86	40	46

Die Anschlusslösungen der Absolventinnen und Absolventen der gymnasialen Maturitätsschulen, der Handelsdiplomschule und der Diplommittelschule / Fachmaturitätsschule werden statistisch nicht erhoben.

Zu Frage 3

98 Absolventinnen und Absolventen der WBS und SBA (davon 44 Schülerinnen und 54 Schüler) konnten am Ende des Schuljahres 2004/05 keine Anschlusslösung angeben oder haben die Situation als noch offen bezeichnet. Ausserdem haben von den 137 Absolventinnen und Absolventen der Vorkurse und Vorlehren an der Allgemeinen Gewerbeschule sowie an der Berufs- und Frauenfachschule deren 15 (davon 5 Frauen und 10 Männer) keine Anschlusslösung gefunden.

Zu Frage 4

Die Schulabgangsstatistiken beruhen auf einer schriftlichen Befragung der Schülerinnen und Schüler. Die Auflagen des Datenschutzes schränken die Befragungsinhalte ein. So dürfen stets nur jene Daten erfasst werden, die für den Befragungszweck von primärer Bedeutung sind. Der soziokulturelle Hintergrund einer Schülerin oder eines Schülers gehört nicht dazu. Die Zusammensetzung der Schülerschaft von WBS und SBA lassen aber die qualitative Aussage zu, dass junge Menschen aus bildungsfernen Familien und / oder mit Migrationshintergrund bei den Schulabgängern ohne Anschlusslösung überrepräsentiert sind.

Zu Frage 5

Die Schwierigkeiten von jungen Menschen beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt beruhen im Wesentlichen auf den nachstehenden, sich in ihrer Wirkung kumulierenden Ursachen:

Benachteiligung: Familiäre Umfeldfaktoren – also der sozioökonomische Status der Familie, die Bildungsnähe oder –ferne, die ethnisch-kulturelle Herkunft, der Erziehungsstil und die zu Hause gesprochene Sprache – bestimmen den Bildungs- und Ausbildungserfolg der Kinder und Jugendlichen massgeblich. Im Kanton Basel-Stadt ist der Anteil jener Jugendlichen, die beim Füllen ihres Bildungsrucksacks und bei der Lehrstellensuche wenig Unterstützung durch ihre Eltern erfahren, sehr hoch. Sie haben es schwerer, die Schule mit Erfolg zu absolvieren und eine Lehrstelle zu finden.

Qualifizierungsdruck der Arbeitswelt: Die Arbeitswelt, namentlich jene des Kantons Basel-Stadt mit seinem hohen Bedarf an sehr gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und in der Folge auch die Berufsausbildungen stellen immer höhere Ansprüche an die Qualifikation der Schulabgänger. Vom Qualifizierungsdruck besonders betroffen sind wiederum Jugendliche aus bildungsfernen Familien mit schlechten Schulleistungen und Defiziten in der Lokalsprache Deutsch. Sie haben immer mehr Mühe, einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden, denn die Zahl der Lehrstellen und Arbeitsplätze mit niedrigen Ansprüchen geht zurück. Die neuen zweijährigen Berufsausbildungen mit Attest haben noch nicht genügend Fuss gefasst.

Unrealistische Erwartungen: Namentlich in städtischen Agglomerationen ist der Trend, über die obligatorische Schulzeit hinaus eine – wenn möglich höhere – allgemeinbildende Schule zu besuchen, ungebrochen. Wenn sie das Ziel der höheren Allgemeinbildung nicht erreichen können, streben viele Jugendliche "wenigstens" eine besonders anspruchsvolle Lehre an und hoffen, sich über ein 10. oder gar 11. Schuljahr dafür qualifizieren zu können. Diese Entwicklung verführt nicht wenige Jugendliche zu unrealistischen Erwartungen über ihre Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und zu einem Anstieg der gescheiterten Vermittlungsversuche.

Zu Frage 6

Die wichtigsten schulischen Massnahmen sind:

Strukturreform an der WBS: Die zentrale Zielsetzung der Strukturreform an der WBS (Einteilung der Schülerinnen und Schüler in zwei Leistungszüge A und E im Schuljahr 2004/05) ist die bessere Förderung aller Schülerinnen und Schüler und damit die Verbesserung ihrer Ausbildungschancen. Mit der Einteilung in Leistungszüge konnte der Klassenverband gestärkt und die Betreuung der Jugendlichen verbessert werden. Die Schülerinnen und Schüler des A-Zugs werden aufgrund der Bedürfnisse der Abnehmer zusätzlich in Deutsch und Mathematik gefördert und besonders intensiv auf die Berufswahl und Lehrstellensuche vorbereitet (siehe unten "Casting"). Dabei wird einer realitätsnahen Wahrnehmung der eigenen Möglichkeiten besondere Beachtung geschenkt. Lehrpersonen und Schulleitung der WBS nehmen

ihre Mitverantwortung für den Übergang zwischen Schule und Arbeitswelt mit ganz besonderem Engagement wahr.

Sprachförderung: Sprachförderung vom Kindergarten bis zu den Schulen der Sekundarstufe II ist zurzeit ein Schulentwicklungsschwerpunkt, für den das Erziehungsdepartement mit dem Gesamtsprachenkonzept im Jahre 2003 eine verbindliche Grundlage geschaffen hat. An den Basler Schulen gelangt eine Vielzahl an strukturellen und didaktischen Massnahmen zur Anwendung, um Kinder und Jugendliche, die die Unterrichtssprache nicht genügend beherrschen, zu unterstützen. Namentlich erwähnt seien die im Erziehungsdepartement entwickelten Sprachprofile, die im laufenden Schuljahr getestet werden. Die Sprachprofile definieren für alle Schulstufen Kompetenzen in deutscher Sprache in Form von Standards, die in allen Fächern gefördert werden müssen, und geben Hinweise, wie die verschiedenen sprachlichen Fähigkeiten entwickelt werden können.

Weiterentwickeln der familienergänzenden Tagesstrukturen: Tagesschulen, Mittagstische und Nachmittagshorte mit pädagogischen Konzepten verlängern die Lernzeit, fördern die Sprachentwicklung sowie die soziale Integration und verbessern die Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Sie unterstützen also namentlich die Entwicklung jener jungen Menschen, die beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt besonders benachteiligt sind. Wie im Ratschlag Nr. 04.2074.02 über die weitere Behandlung der "Tagesschul-Initiative" ausgeführt, will der Regierungsrat die familienergänzenden Tagesstrukturen ausbauen.

Brückenangebote: Die Brückenangebote leisten hervorragende Arbeit bei der Vermittlung von Jugendlichen zwischen Schule und Arbeitswelt. Sie bieten benachteiligten und leistungsschwächeren Jugendlichen, aber auch solchen, die sich für höhere Schulen qualifizieren wollen, sowohl eine Bildung, die sich an den Möglichkeiten der Jugendlichen und den Bedürfnissen der Abnehmer in flexibler Art und Weise orientiert, als auch einen stabilen Rahmen sowie eine gute Betreuung und Begleitung. Für viele Jugendliche übernimmt die Schule bei der Lehrstellensuche die Elternfunktion. Die vorstehend erwähnten Gründe haben in den letzten drei Jahren zu einem starken Anstieg der Zahl der Lernenden an der SBA geführt. Trotz der hohen Qualität der SBA soll der Weg zur Berufslehre über die Brückenangebote nicht zum Regelfall werden. Der Regierungsrat schenkt deshalb der Verbesserung des Vermittlungserfolgs nach der WBS sowie der Steuerung und Ausrichtung der Brückenangebote besondere Beachtung.

Begegnungstag Wirtschaft und Schule: Seit dem Jahre 2004 führt das Erziehungsdepartement in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden von Wirtschaft und Gewerbe Begegnungstage für Wirtschaft und Schule durch. Sie dienen Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern sowie Lehrpersonen der allgemeinbildenden Schulen dem Informationsaustausch, der Verbesserung des Verständnisses für die je eigenen Bedürfnisse und Probleme von Wirtschaft und Schule sowie dem Abbau von Vorurteilen.

Casting A-Zug WBS: "Casting" richtet sich an Schülerinnen und Schüler des neuen A-Zuges der Weiterbildungsschule inklusive der Kleinklassen (zusammen rund 30 Klassen), die von den schulischen Leistungen und der Motivation her bereit sind, eine Berufslehre in Angriff zu nehmen. In drei Schritten werden sie auf die Lehrstellenbewerbung vorbereitet. 1. Schritt: In der Schule wird im Fach Laufbahnvorbereitung ein Interessen- und Stärkenprofil erstellt und eine Berufswahl getroffen; 2. Schritt: Die Berufsberatung beurteilt die Berufswahl und zeigt die gangbaren Wege auf; 3. Schritt: Rund 30 Personalprofis aus Unternehmen übernehmen eine Klassenpatenschaft. Die Jugendlichen können beim Profi ihr Auftreten und Gesprächsverhalten trainieren, ihre Bewerbungsunterlagen werden beurteilt und sie bekommen Tipps aus der Praxis. Das Projekt unter der Leitung des Gewerbeverbands Basel-Stadt ist mit Beginn des Schuljahres 2004/05 angelaufen. Jetzt beginnt für den ersten Jahrgang des neuen A-Zuges die Lehrstellensuche. Der Erfolg der Massnahmen kann im Sommer 2006 beurteilt werden.

Zu Frage 7

Die Lehrstellensituation ist angespannt generell für Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus dem Grundniveau der obligatorischen Schule und speziell für Ausländer und Frauen. Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger (9. und 10. Klassen, Brückenangebote und Vorkurse) schwankte zwischen 1'754 im 2001 und 1'997 im 2005. Die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge betrug 2001 1'727, erlitt 2003 mit 1'587 einen Einbruch (u.a. kaufmännische Berufsreform) und erreichte 2004 wieder 1'702. 2005 zeichnet sich wiederum eine Zunahme ab, die vergleichbaren definitiven Zahlen liegen Ende Jahr vor. (Gesamtbestand 2004: 4'606 Lernende mit Lehrverträgen, davon 43 % Frauen).

Zu Frage 8

Es hat zuwenig Lehrstellen bei den zweijährigen Grundbildungen mit eidg. Berufsattest und bei den einfacheren dreijährigen Grundbildungen mit eidg. Fähigkeitszeugnis. Die neuen zweijährigen Grundbildungen mit Berufsattest gibt es für die kaufmännische Branche, den Detailhandel und das Gastgewerbe. Das sind auch die bezüglich des Lehrstellenangebots wichtigsten Branchen. Die entsprechenden Berufe sind bei den Jugendlichen sehr beliebt. Die Massnahmen um mehr Lehrstellen zu gewinnen sind auf diese Branchen gerichtet und speziell auf die zweijährigen Grundbildungen mit Berufsattest.

Zu Frage 9

Siehe Antwort auf Frage 7.

Zu Frage 10

Die Lehrstellenakquisition des Gewerbeverbands ist erst im August angelaufen. Für eine Beurteilung ist es noch zu früh.

Zu Frage 11

Am 12. Juli 2005 hat der Regierungsrat beschlossen (RRB 05/26/12), auf Lehrbeginn 2006 und 2007 in der Verwaltung und den Betrieben insgesamt 52 neue Lehrstellen in zweijährigen und ausgewählten dreijährigen Grundbildungen zu schaffen.

Damit wird eine Ausweitung der Gesamtzahl der Lehrstellen beim Kanton um 19 % gegenüber 2004 erreicht. Auf Lehrbeginn 2008 wird das Ziel von zusätzlich 26 neuen Ausbildungsplätzen angestrebt. Pro neu geschaffene Lehrstelle wird es eine Anschubfinanzierung geben. Zudem wird der Regierungsrat eine Richtlinie für die Rekrutierung von Lernenden verabschieden, welche bezweckt, bei der Besetzung der Lehrstellen beim Kanton den Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Basler Volksschule den Vorrang zu geben.

Zu Frage 12

Auf Initiative des Vorstehers des Erziehungsdepartements wurde im April 2005 die Task Force Basel-Stadt „400 Attestlehrstellen“ ins Leben gerufen. Partner ist der Gewerbeverband Basel-Stadt. Ziel ist es, mit unterstützenden Massnahmen zu den laufenden Projekten „Casting“ und „Lehrstellenakquisition“ bis zum Jahr 2007 400 Attestlehrstellen zu gewinnen. Eine erste Zwischenbilanz wird im November 2005 präsentiert.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Der Präsident

Der Staatsschreiber

Dr. Ralph Lewin

Dr. Robert Heuss